

## **Kinderbetreuung auf Parteiveranstaltungen**

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

**Die Jusos der Region Hannover fordern:**

- 1. Die SPD bietet auf Parteiveranstaltungen eine professionelle Betreuung für Kinder zwischen 2 und 10 Jahren an, wenn mehr als 5 Kinder angemeldet werden.**
- 2. Die SPD trägt die für die Betreuung eines Kindes zwischen 2 und 10 Jahren in der Zeit einer Parteiveranstaltung anfallenden Kosten, wenn keine professionelle Betreuung von der Partei vor Ort angeboten wird und die entstandenen Aufwendungen durch eingereichten Beleg nachgewiesen werden.**

Begründung:

Die SPD steht für eine moderne Familienpolitik und fordert unter anderem eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile. Wir Jusos fordern jedoch mehr, nämlich eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik für beide Elternteile.

Nur knapp 6% unserer GenossInnen sind jünger als 29 und nur knapp ein Drittel aller Mitglieder sind Frauen. Es fehlt uns demnach am politischem Nachwuchs und an Frauen in unserer Partei. Zwei Argumente, warum unsere Forderung umgesetzt werden muss. Das Statistische Bundesamt weist aus, dass Frauen in Deutschland im Durchschnitt mit 26 Jahren Mutter werden. Auch wenn diese Mütter in einer Partnerschaft leben, wird die Kindeserziehung häufig alleine ihnen überlassen. Dennoch handelt es sich dabei nicht um ein allein geschlechtsspezifisches Problem, denn auch alleinerziehende Männer leiden unter der genannten Vernachlässigung. Gesellschaftlich und politisch aktiv zu werden oder zu bleiben wird so für diese Menschen unweigerlich erschwert. Wir sind aber auf diese Personen angewiesen und müssen folglich jede Möglichkeit ergreifen, dem politischen Nachwuchs die aktive Teilnahme an politischer Arbeit in unserer Partei zu erleichtern.

Gerade weil Eltern häufig bei der Frage nach der Betreuung ihrer Kinder allein gelassen werden, hat die SPD ihre Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausformuliert. Wir können aber nicht glaubhaft eine Sache fordern, die wir nicht selbst konsequent einhalten. Kinderbetreuung wird auf großen Parteiveranstaltungen nur sporadisch angeboten. Bei den Arbeitskreisen findet sie sogar überhaupt nicht statt. Ob GenossInnen mit Kindern am aktiven politischen Geschehen in unserer Partei teilnehmen können hängt also von drei Faktoren ab; Entweder einer der beiden Elternteile übernimmt in der Zwischenzeit die Betreuung, einE VerwandteR oder FreundIn springt ein oder es wird eine kostenpflichtige Betreuung herangezogen. Die erste Möglichkeit fällt bei Alleinerziehenden bereits weg. Auch FreundInnen und Verwandte können keine langfristige Lösung darstellen und die letzte Möglichkeit richtet sich nach der Größe des Geldbeutels. Keine der Möglichkeiten erscheint folglich langfristig brauchbar.

Selbstverständlich entstünden bei der Umsetzung unserer Forderung neue Kosten. Diese werden aber so gering wie möglich gehalten, da die Betreuung dem Bedarf entsprechend und nicht pauschal angeboten wird. Außer Acht lassen sollte man auch nicht, dass solche Angebote positive Impulse hinsichtlich eines Parteieintrittes senden könnten. Unsere Partei würde beweisen, dass sie an der aktiven Teilnahme ihrer Mitglieder und nicht an den Beiträgen interessiert ist.

Die Vorteile einer Umsetzung unserer Forderung überwiegen dem geringen organisatorischen Aufwand enorm. Die SPD würde mit einem bisher beispiellosem Konzept auf Parteebene Maßstäbe setzen und gleichzeitig ihrer Forderung, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, indem sie in ihren eigenen Reihen familienfreundlicher und inklusiver wird, glaubhaften Nachdruck verleihen.